Zeitschrift: Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art
Herausgeber: Visarte Schweiz
Band: - (1975)
Heft: 7

Artikel: "Betreibt Ihre Partei eine Kulturpolitik?"
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-626170

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Betreibt Ihre Partei eine Kulturpolitik?»

Im Hinblick auf die National- und Ständeratswahlen hat sich der Zentralvorstand die Aufgabe gestellt, unsere Volksvertreter mit den kulturellen Problemen unseres Landes zu konfrontieren. Eine Nation – auch die unsrige – lebt ja nicht nur von Autobahnen und Kampfflugzeugen!
Wir sind angenehm überrascht über das warme Interesse, auf das wir bei den fünf wichtigsten befragten Parteien der Schweiz gestossen sind. Die verschiedenen Sektionen wurden aufgerufen, mit Volksvertretern in Kontakt zu treten, die bereit sind, die kulturellen Anliegen der Künstlerschaft auch auf parlamentarischer Ebene zu vertreten.
Wir sind uns bewusst, dass wir in Zukunft unsere Anliegen und Probleme in intensiver Zusammenarbeit mit den Schriftstellern, Musikern und Filmschaffenden angehen müssen.

Der Zentralpräsident

An den Parteivorstand der (des)
- **Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz**
- **Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz**
- **Landesring der Unabhängigen**
- **Schweizerischen Volkspartei**
- **Sozialdemokratischen Partei der Schweiz**

Zürich, 26. August 1975

Sehr geehrte Herren,

der Zentralvorstand der Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten möchte mit folgendem Anliegen an Sie gelangen:
Unsere Gesellschaft, die 1865 von Franz Buchser, Rudolf Koller, Ernst Stückelberg und Gottfried Keller gegründet wurde, ist der repräsentative Berufsverband der schweizerischen Bildenden Künstler. Wir sind in 1400 Aktiv- und etwa 2700 Passiv-Mitglieder organisiert; parteipolitisch nehmen wir den Parteien gegenüber eine absolut neutrale Haltung ein.
Wir haben eine eigene Zeitschrift, die SCHWEIZER KUNST, mit der wir weite interessierte Kreise des Schweizerischen Kulturlebens erreichen.
Das Ziel der GSMBA ist, die Entfaltung des bildnerisch Tätigen zu fördern und seine materielle Sicherheit sowie sein soziales Ansehen auszubauen und zu schützen. Zugleich möchten wir dazu beitragen, mit künstlerischen Werten in breite Bevölkerungsschichten einzudringen. Wir leisten damit einen kulturellen Beitrag zu unserem nationalen Ansehen. Wie Sie ja wissen, spielt für die nationale Unabhängigkeit und das internationale Ansehen eines Volkes heute die Kultur eine äusserst wichtige Rolle.
Wir möchten Sie nun als repräsentative politische Partei der Schweiz um Ihre Stellungnahme zu einer schweizerischen Kulturpolitik bitten. Es gibt Parteiprogramme, bei denen Kultur überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt wird. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie fragen:

1. Betreibt Ihre Partei eine Kulturpolitik?
2. Findet in Ihrem Parteiprogramm die Bildende Kunst (Malerei, Bildhauerei, Architektur) einen Platz?
3. Ist Ihre Partei über die allgemeine materielle Situation der Bildenden Künstler in der Schweiz genügend informiert?
4. Welche praktischen Förderungsmassnahmen des Staates (Bund, Kantone, Gemeinden) für die Bildende Kunst erachten Sie als angemessen und effektiv?
5. Wo und wie sehen Sie eine Möglichkeit, den Künstler vermehrt in unserer Gesellschaft einzusetzen?
6. Sind Sie bereit, mit Vertretern der GSMBA in ein Gespräch zu treten?

Es würde uns nun sehr freuen, im bezug auf eine kulturelle Zusammenarbeit mit Vertretern Ihrer Partei in Verbindung zu treten, die sich im Parlament für eine verantwortungsvolle Stellungnahme hinsichtlich einer schweizerischen Kulturpolitik dem Volke und uns gegenüber engagieren könnten. Bei einer positiven Kontaktnahme sind wir gerne bereit, uns in den bevorstehenden eidgenössischen Wahlen persönlich und propagandistisch mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für entsprechende Kandidaten einzusetzen.
Gerne erwarten wir Ihre Stellungnahme, die wir auch in unserer Zeitschrift SCHWEIZER KUNST veröffentlichen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCHER MALER, BILDHAUER UND ARCHITEKTEN

Der Zentralpräsident

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

1. Betreibt Ihre Partei eine Kulturpolitik?
Diese Frage ist sehr allgemein gestellt, indem, wie Sie auch wissen, Kulturpolitik vor allem auf kantonaler Ebene betrieben wird. Ein genaueres Bild würde man hier erst durch Umfrage bei den Kantonalparteien erhalten. Auf Bundesebene hat die Kulturpolitik unseres Erachtens einen relativ kleinen Platz, wie auch aus den Parteiprogrammen ersichtlich ist. Der Bund selber hat nur Kompetenzen auf dem Gebiete des Filmwesens und der künstlerischen Gestaltung der eigenen Bauten.

2. Findet in Ihrem Parteiprogramm die Bildende Kunst (Malerei, Bildhauerei, Architektur) einen Platz?
Die CVP ist in ihrem neuen Aktionsprogramm davon weggegangen, einzelne Berufsstände, Interessengruppen oder Industrien besonders hervorzuheben, sondern fordert ganz allgemein eine Verbesserung der Lebensqualität für alle Menschen, was natürlich Künstler einschliesst. Ich verweise diesbezüglich auf unser Aktionsprogramm.

3. Ist Ihre Partei über die allgemeine materielle Situation der Bildenden Künstler in der Schweiz genügend informiert?
Die Information könnte besser sein. Vor allem besteht zuwenig Kontakt zwischen Politikern und Künstlern. Dieser Informationslücke sollte durch vermehrte Kontaktmöglichkeiten Abhilfe geschaffen werden.
Wir warten ausserdem wie viele andere auf den Clottu-Bericht, der von der Bundesverwaltung seit einigen Jahren in Aussicht gestellt wird und der zu dieser Frage Stellung beziehen soll. Es ist zu hoffen, dass der Bericht bei seinem Erscheinen nicht bereits schon veraltet ist.

4. Welche praktischen Förderungsmassnahmen des Staates (Bund, Kantone, Gemeinden) für die Bildende Kunst erachten Sie als angemessen und effektiv?
Bildende Künstler sind vor allem freischaffende Leute und lassen sich als solche nicht in ein Prokrustesbett zwängen. Wir denken vor allem an finanzielle Unterstützung, wobei natürlich momentan die Gefahr besteht, dass wegen der leeren Kassen auch auf diesem Gebiet Kürzungen vorgenommen werden. Praktische Förderungsmassnahmen sehen wir auch im Bildungssektor, wo kulturellen Belangen vermehrt bessere Bedeutung zukommen muss. Fraktion und Partei haben sich in diesem Sinn denn auch während der zu Ende gehenden Legislaturperiode für das Recht auf Bildung (und nicht bloss Ausbildung) ausgesprochen. In den dafür geeigneten Schulen könnte z.B. die Einführung eines Kreativitätsunterrichtes geprüft werden, wo Künstler als Lehrer fungieren könnten. Bei bundeseigenen Bauten sollten u.E. Künstler von allem Anfang an beigezogen werden und nicht erst, wenn es darum geht, einen Bau am Schluss künstlerisch zu verschönern. Kunst müsste in allen solchen Belangen aber vermehrt in einen sozialen Bezug gestellt werden.
Ferner weisen wir auf das neue Aargauer Kulturgesetz hin, dessen Auswirkungen zu verfolgen sind, beinhaltet es doch ganz neue Aspekte.

5. Wo und wie sehen Sie eine Möglichkeit, den Künstler vermehrt in unserer Gesellschaft einzusetzen?

Einen Einsatz sehen wir vor allem auf Gemeinde- und kantonaler Ebene. Als eher schwierig erachten wir eine zentrale Steuerung von Bundesstelle aus. Wichtig ist, dass der Künstler nicht in eine Randposition unserer Gesellschaft gedrängt wird. Wir verweisen zudem auf unsere Ausführungen unter Ziffer 4.

6. Sind Sie bereit, mit Vertretern der GSMBA in ein Gespräch zu treten?
Wir sind sehr gerne bereit, mit Vertretern Ihrer Gesellschaft ein Gespräch zu führen.
Im Moment scheint es leider so zu sein, dass die kulturellen Belange in der Politik nicht die Rolle spielen, die ihnen zusteht. Angesichts der Vielzahl wirtschaftlicher und anderer Probleme stehen sie auch in den Parteiprogrammen, wie Sie diesen entnehmen können, etwas am Rande.

Landesring der Unabhängigen

1. Unsere Partei betreibt Kulturpolitik, sowohl im Sinne der Unterstützung der bildenden, wie auch der reproduzierenden Kunst. Ausgesprochene Aktionen galten der Verbreiterung des Kunstverständnisses innerhalb unserer Bevölkerung. Wesentlich scheint uns, dass nicht nur von Kulturpolitik gesprochen wird, sondern dass man die Kulturförderung aktiv betreibt. Wir verweisen darauf, dass namhafte Mitglieder des LdU und unserer Nationalratsfraktion in dieser Richtung tätig sind.

2. Sie finden in der beiliegenden Broschüre «Richtlinien und Grundsätze» auf Seite 8 einen Abschnitt über die Kulturpolitik des Landesrings.
Es handelt sich hier um eine zusammengefasste Aussage, die Grundlage für Einzelaktionen bilden soll.

3. Unsere Partei ist über die allgemeine materielle Situation der Bildenden Künstler orientiert, was nicht heissen soll, dass weitere, laufende Informationen notwendig sind.

4. Wir betrachten jene Förderungsmassnahmen als angemessen und effektiv, die der Bildenden Kunst dienen. Es kann sich hier um Ausstellungen und Ankäufe handeln, wobei die Ausstellungskosten von der öffentlichen Hand übernommen werden und die Künstler nicht mit Provisionen belastet werden sollten.
Zu den staatlichen Förderungsmassnahmen zählen wir auch die Förderung des Verständnisses für die echte Kunst.

5. Der vermehrte Einsatz der Künstler in unserer Gesellschaft soll eigentlich keine Grenzen haben. Er muss in unserer Gesellschaft integriert sein und alle Glieder dieser Gesellschaft müssen erkennen lernen, dass das kulturelle Schaffen zu unserer Gesellschaft gehört, wie Produktion und Handel.

6. Wir sind gerne bereit, mit Vertretern der GSMBA in ein Gespräch zu treten.

Schweizerische Volkspartei

1. und 2.
«Die SVP unterstützt alle Bestrebungen zur Erhaltung schweizerischer und regionaler Eigenart und Kultur insbesondere zum Schutze der kulturellen und sprachlichen Minderheiten. Sie fördert die Entfaltung einheimischen Schaffens in Kunst, Literatur, Film, Radio und Fernsehen». So ist es wörtlich in unseren Grundsätzen nachzulesen. Wir bekennen uns überdies in unserem Aktionsprogramm 1975 zum föderativen Aufbau unseres Bundesstaates, welcher den «politischen, kulturellen und geographischen Gegebenheiten» unseres Landes am besten Rechnung trägt. Wir möchten in diesem Sinne die Kompetenzen der Gemeinden und Kantone – denen unseres Erachtens im Bereiche der Kulturpolitik vorrangige Bedeutung zukommt – nicht weiter aushöhlen, sondern sinnvoll stärken. Im Bereiche der Bildungspolitik fordern wir in unserem Aktionsprogramm unter anderem eine «Ausrichtung der Schulen und der kulturellen, ethischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Schweiz». Die bildende Kunst findet im Aktionsprogramm deshalb direkt keine Erwähnung, weil es sich dabei ja um Grundsatzerklärungen handelt. Ihre Anliegen zumeist aber doch sehr konkreter Art sind . . .

3.
Unsere Partei ist über die allgemeine materielle Situation der bildenden Künstler in der Schweiz ungenügend informiert. Es würde uns freuen, von Ihnen entsprechende Dokumentationen zu erhalten.

4. und 5.
Diesbezüglich sind wir ebenfalls der Meinung, es läge an Ihrer Organisation, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, die wir dann auf ihre politische Angemessenheit und Effektivität prüfen könnten.
Es ist klar, dass es in einer von der Technik geprägten um nicht zu sagen geplagten Zeit zu den Verpflichtungen der Allgemeinheit gehört, die kulturellen Werte zu fördern. Allerdings sind wir der Meinung, die Mitarbeit des Bundes sei hier eher von subsidiärer Bedeutung.

6.
Selbstverständlich sind wir gerne zu einem Gespräch bereit.

Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz

1. Die FDP betreibt Kulturpolitik. Das ist für eine Partei die massgeblich an der Gründung, am Aufbau und an der Erhaltung unserer Gesellschaft und unseres politischen Systems beteiligt ist, eine Verpflichtung. Sowohl im Parteiprogramm von 1959 als auch im Wahlprogramm 1975 hat die FDP festgehalten, was sie unter Kulturpolitik versteht.

2. In Punkt 12 des Parteiprogramms von 1959 wird die «Förderung des künstlerischen und kunstgewerblichen Schaffens» gefordert. Im Wahlprogramm 1975 postuliert die These einen umfassenden Denkmalschutz.

3. Die FDP ist dankbar für jegliche Information. Sie tritt dafür ein, an begabte, aber unbemittelte Künstler Stipendien zu gewähren. Für die Tessiner Kultur hat Nationalrat Speziali am 24. Juni 1974 ein Postulat eingereicht, das eine Subvention von 2,5 Millionen Franken verlangt.

4. Zu den Förderungsmassnahmen des Staates für die Kultur, wozu wir auch die bildenden Künste zählen, wird in den Zielsetzungen folgende Aussage gemacht:
«Der freiheitlich-demokratische Staat hat ein immenses Interesse daran, kulturelle Werte und Kräfte durch eine aktive Kulturpolitik in alle Schichten der Bevölkerung hinauszutragen. Wir Freisinnigen befürworten dabei keine Staatskultur, aber eine Förderung der Kultur durch den Staat.
Die öffentliche Kulturpolitik ist von Gemeinden, Kantonen und Bund gemeinsam zu tragen. Darüber hinaus darf und muss ein freisinniges Konzept der Kulturförderung und Kulturfinanzierung die grossen finanziellen Leistungen miteinbeziehen, die von einzelnen Bürgern und von seiten der Wirtschaft erbracht werden und denen Kulturleben und -schaffen in unserem Land seinen hohen Stand und seine wertvollen Impulse mitverdankt.» . . .

5. Das ist sicher die schwierigste Frage. In unseren programmatischen Äusserungen sind wir nur peripher darauf eingetreten, so etwa in Postulat 15.1 der Zielsetzungen 75, wo es heisst:
«Kultur kennt keine Sprach- und Landesgrenzen. Dem Austausch von Kultur zwischen den Landesregionen und über die Landesgrenzen hinaus kommt eine hervorragende Bedeutung zu, die eine Förderung rechtfertigt.»
Hierin sehen wir eine wichtige Möglichkeit des Einsatzes von Künstlern in unserer Gesellschaft. Es scheint uns aber ebenso wichtig, dass Kultur aus der Betätigung des Bürgers heraus lebt.

6. Wir sind gerne bereit, mit Vertretern der GSMBA in ein Gespräch zu treten.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

1.
Ja, die SP Schweiz betreibt Kulturpolitik. Eine Untergruppe der SP-Kommission für Bildung und Kultur befasst sich hauptsächlich mit dem Kulturaustausch mit Oststaaten. Das Ziel ist, im Austausch jungen, befähigten Künstlern, welche noch nicht die Möglichkeit hatten, «sich einen Namen zu machen», kurze Arbeitsaufenthalte in einem andern Land zu ermöglichen . . .
Wir geben aber zu, dass man mehr tun müsste, und dass auch bei uns die Fragen und Anliegen der Kulturpolitik zu kurz kommen.

2.
Hinweis auf Parteiprogramm

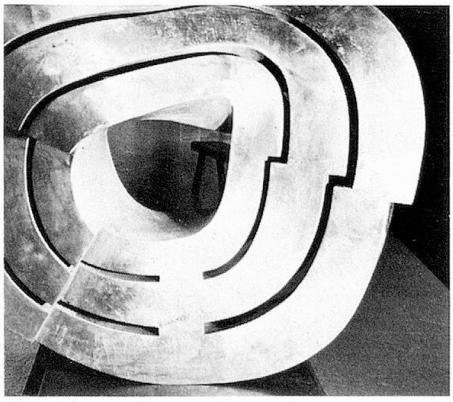
3.
Soweit in der Schweiz überhaupt Zahlen über die materielle Situation der Bildenden Künstler bekannt sind, haben wir bestimmt Kenntnis davon. Ich darf auch darauf hinweisen, dass sich die SP in der Altersversicherung stets dafür eingesetzt hat, dass Freischaffende die Möglichkeit der Versicherungsnahme erhalten. So haben wir wenigstens einen Beitrag zur sozialen Sicherheit der Künstler leisten können.

4.
Wir erachten eine bessere Kontaktnahme zwischen Bevölkerung und Künstlern als positiv und effektiv. Die Bevölkerung muss vermehrt die Möglichkeit haben, freie Ausstellungen (nicht private Galerien) zu besuchen. Die Ausstellungen müssten didaktisch besser aufgebaut werden, um ein sehr breites Publikum anzusprechen.
Das «Kunstleasing» müsste zur Selbstverständlichkeit werden, was sicher bedeutet, dass die Öffentlichkeit der Träger sein soll.
Das Mäzenatentum müsste durch Stipendien oder Fonds für den Ankauf aufrechterhalten und ausgebaut werden.

5.
Die Kunst müsste nicht länger landläufig als Freizeiterfüllung der oberen Schichten angesehen und taxiert werden. Eine Durchmischung von Kultur und Arbeitsplatz würde zur Folge haben, dass sich die Kunst nicht abkapselt, sondern zum eigentlichen Alltagsleben gehört. Dies setzt aber voraus, dass die Künstler dies wollen. Die meist unbürgerliche Lebensführung ist unweigerlich der beste Nährboden zur Abkapselung, die es zu überwinden gilt. Der Künstler hat durch die Gestaltung aufklärerisch zu wirken, gesellschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge aufzuzeigen.

6.
Wir würden uns sogar sehr freuen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Die veröffentlichten Texte sind auszugshaft aus den Briefen der Parteien entnommen.



Realisation: **Fonderie Reussner & Donzé SA**
2144 Fleurier
Matière: Bronze
Modèle: Plâtre

Devis et renseignements sans engagement
Téléphone 038/61 10 91